Stärken. Entwickeln. Fördern.
Handeln für Demokratie ist Handeln gegen Rechtsextremismus

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Inhalt

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung
Redaktion: Anetta Kahane, Georg Picot, Simone Rafael, Timo Reinfrank
Besonderer Dank an Nadine Bormann, Kathrin Eckl, Julia Holtz, Vera Oelbracht, Julia Tubach
Gestaltung: Design, Berlin
Litho/Druck: LVD GmbH, Berlin
Fotonachweis: Amadeu Antonio Stiftung, Bunt statt Braun Anklam e.V., Geschichtswerkstatt Rostock e.V., Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Evangelische Kirchengemeinde Joachimsthal, Kulturkreis der Stadt Hohen Neuendorf e.V., Miphgasch/Begegnung e.V., Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt, Christian Ditsch, Netzwerk für Demokratische Kultur e.V., Aktion Zivilcourage e.V., Initiative N.O. – für ein gewaltfreies Miteinander, Liselotte Meier, Dirk Vogel, Dominik Reipka, Titelfoto Chawa Kahane

Diese Broschüre ist Teil des Projektes ›Handeln für Demokratie ist Handeln gegen Rechtsextremismus‹ der Amadeu Antonio Stiftung. Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms ›CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern‹. Alle hier präsentierten Initiativen wurden oder werden durch das Programm ›CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern‹ gefördert.

Liebe Leserinnen und Leser,



Anetta Kahane
Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung

in dieser Broschüre stellen wir Ihnen zehn Projekte vor, die engagiert und erfolgreich in ihren Regionen für eine demokratische Kultur arbeiten. Auf den folgenden Seiten werden Sie Menschen begegnen, die sich mit aller Kraft für Anständigkeit und gegen Rechtsextremismus einsetzen. Für diese zehn Projekte an unterschiedlichen Orten und mit unterschiedlichen Methoden suchen wir Partner, die bereit sind, diese Arbeit zu unterstützen, damit sie auch in Zukunft fortgesetzt werden kann.

Was bedeutet es, für demokratische Kultur zu arbeiten? Ist es nicht etwas Selbstverständliches? Und warum sollte es so wichtig sein, dass es dafür besondere Projekte braucht? Viele Menschen, die die Situation in Ostdeutschland wenig kennen, halten Initiativen gegen Rechtsextremismus für etwas Politisches. Das ist einerseits richtig und andererseits ein Missverständnis. Rechtsextreme Einstellungen sind weit mehr als eine politische Sichtweise unter anderen, sie sind die Abkehr von allen demokratischen Werten und der Demokratie als solcher. Damit stellen sich gerade junge Leute außerhalb des gesellschaftlichen Konsenses.

Mit Einzelfällen dieser Art könnte die Gesellschaft sicher umgehen. Doch wenn Neonazis wie in Ostdeutschland zu einem Teil der Normalität geworden sind, dem nur Wenige mehr widersprechen, dann haben wir ein grundlegendes Problem. Es ist ein Zeichen für Verwahrlosung, wenn Jugendliche sich gewalttätig in Wort und Tat gegen alles Fremde oder Andere wenden, wenn ihr Menschenbild es geradezu herausfordert, Menschen mit anderer Hautfarbe oder Lebensweise zu beleidigen, zu jagen, zu verletzen, und wenn sie alle, die ihre rassistischen und antisemitischen Ziele nicht teilen, bedrohen und angreifen.

Die Opfer können Migranten sein, Flüchtlinge oder Obdachlose. Oder es sind Touristen, nicht-rechte Jugendliche oder schwarze Deutsche. Es ist nicht nur unmoralisch, sie zu bedrohen. Es zeugt von sozialer Inkompetenz und es bedroht den Standort. Viele Unternehmen zögern, im Osten zu investieren, weil sie es sich in dieser globalisierten und multikulturellen Welt nicht leisten können, dass ihre Kunden oder ihre Mitarbeiter sich am Standort einem hohen Risiko aussetzen oder gar Opfer von rechtsextremer Gewalt werden.

Hier Verantwortung zu empfinden, gebietet nicht nur eine Haltung, die sich der Demokratie und den Opfern rechter Gewalt verpflichtet sieht, sondern auch die schlichte Humanität und die Moral. Junge Leute, die nicht lernen, dass solche Menschenfeindlichkeit inakzeptabel ist, können geistig verkommen, im Leben scheitern und an den Anforderungen der modernen Welt im heutigen Europa zerbrechen. Und die Opfer, denen vor der Tat kein Schutz geboten wurde, und die nach der Tat keinen Rükkhalt erfahren, zeugen von einem vergifteten Klima in der Region.

Wenn in Regionen wie Ostvorpommern die Neonazis inzwischen den Alltag bestimmen, sich organisieren, Fortbildungen durchführen, in Handwerksbetrieben für »Kameraden« Ausbildungsplätze anbieten, eigene Jugendarbeit leisten, wenn sie sich in Elternbeiräte wählen lassen oder dazu aufrufen, sich als Schöffen bei Gericht oder als Polizeischüler zu bewerben - dann zeigt das: hier handelt es sich längst nicht mehr um ein »Jugendproblem«. Doch gerade um Jugendliche geht es ihnen. Die Neonazis arbeiten mit beachtlichem Erfolg für etwas, das man im Vergleich zum Konsens der Demokraten als rechtsextreme »Parallelgesellschaft« beschreiben kann. Man findet sie überall. Sie sind längst etabliert und im Alltag verankert. Was tut man dann dagegen?

Was muss passieren, wenn etwa in Sachsen-Anhalt Menschen von Neonazis überfallen und zum Teil schwer verletzt werden und in vielen Kommunen die Opfer ignoriert werden? Bei vielen Vertretern von Gemein-



Aggressiv Angst verbreiten: Rechtsextreme Schmierereien an einer Hauswand in Wurzen (Sachsen).

den ist die Furcht vor einem angenommenen Imageverlust ihres Ortes, wenn die Öffentlichkeit von einem Angriff erfährt, oft viel größer, als ihre Anteilnahme mit den verletzten Menschen. Sie, die Opfer, haben so nicht nur mit den körperlichen Verletzungen und ihrem verlorenen Sicherheitsgefühl zu kämpfen, sie werden obendrein zurückgewiesen oder schlecht behandelt. Wer kann dann helfen? Und wie?

Oder was macht man, wenn in den Landtag Sachsens die NPD einzieht und in den sächsischen Kommunen NPD-Stadträte schon lange zum politischen Alltag gehören? Sind sie wirklich Demokraten, wie mancher Bürgermeister meint, nur weil sie gewählt wurden? Was kann getan werden, um Kommunalpolitiker im Umgang mit Rechtsextremen zu unterstützen, die angemessenen Verhaltensweisen an den Tag zu legen? Wer ist da, um sie zu beraten? Wie kann man verhindern, dass durch Unklarheit oder Unerfahrenheit der Einfluss der Rechtsextremen in Schlips und Anzug nicht noch zunimmt?

Manchmal gibt es in solchen Gegenden Jugendliche, die mit Spaß und großer Ernsthaftigkeit selbst etwas tun wollen, weil ihnen die Ereignisse und Stimmungen in ihren Städten nicht egal sind. Sie zeigen viel Eigeninitiative und demokratisches Engagement. Ihre Arbeit ist oft nicht ungefährlich, vor allem wenn sie selbst von Politik und Verwaltung nicht als positive Kraft anerkannt werden. Doch es gibt auch Beispiele, wo Bürgermeister ihre einstige Skepsis abgelegt haben und sich sogar manchmal Rat holen. Wie schaffen es solche Jugendliche durchzuhalten? Wie kann man sie motivieren, dabei zu bleiben und nicht wegzuziehen? Was kann man tun, damit diejenigen, die sich mit Kreativität und Intelligenz für ein demokratisches Klima engagieren, nicht dauernd demotiviert werden und am Ende nur die Neonazis dableiben?

In vielen modernen Unternehmen gibt es Coaching für unterschiedliche Zwecke: für effektive Arbeit, für gute Unternehmenskultur, für das Management. Demokratische Kultur braucht das ebenso – besonders in den problematischen Regionen Ostdeutschlands. Mit langem Atem sollten diejenigen unterstützt werden, die sich dieser sehr schwierigen und oft auch gefährlichen Aufgabe widmen: die demokratischen Jugendprojekte, die Opferberatungsstellen, die Beratungsteams. Sie alle leisten einen unschätzbaren Beitrag für Lebensbedingungen, die den Standards eines demokratischen Gemeinwesens entsprechen. Sie kümmern sich, sie versuchen alles, damit junge Leute gar nicht erst in der rechten Szene versacken, aus der sie möglicherweise nie wieder herauskommen. Hilfsangebote für Kinder und Jugendliche in Notsituationen gibt es in Deutschland viele. Wenn sie verarmt oder behindert sind oder missbraucht wurden, helfen Organisationen und oft auch Prominente, die deren Situation verstehen. Für sie werden Benefizkonzerte und Weihnachtsevents veranstaltet. Und das ist gut so. Doch auch Jugendliche, die auf andere Art missbraucht und verwahrlost sind, benötigen Unterstützung. Es darf nicht soweit kommen, dass im Osten Deutschlands eine ganze Generation verloren geht für die demokratische Zukunft dieses Landes. Deshalb brauchen die Projekte, die dem entgegenstehen, dringend Ihre Hilfe. Das ist keine Frage von Politik, das ist eine Frage der Verantwortung und der Menschlichkeit in einer Gesellschaft, die Teil des neuen Europas ist und sich keine rechtsextreme »Parallelgesellschaft« oder »national berfreiten Zonen« leisten kann und will.

Neben dem Staat und einzelnen Bürgern können Unternehmen hier eine wichtige Hilfestellung leisten, indem sie sich partnerschaftlich und als Teil der Zivilgesellschaft einbringen. Hinweise zu den unterschiedlichen Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie bei den praktischen Informationen am Ende dieser Broschüre. Davor können Sie sich in zehn Porträts über die von uns ausgewählten Initiativen informieren. Ein Essay von Heribert Prantl, Ressortleiter Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung, beleuchtet darüber hinaus die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus.

Liebe Leserinnen und Leser, wir wissen, es geht um keine sehr erfreulichen Themen und rasche Ergebnisse kann man nicht erwarten. Dennoch gibt es sie – die Erfolgsgeschichten durch Menschen, die nicht aufgeben. Durch ihre mühevolle Detailarbeit ist schon vielen geholfen worden: den Opfern zuerst. Und natürlich auch Jugendlichen, die für rechtsextreme Haltungen anfällig sind. Die Investition in ein gutes Coaching für Demokratie ist dringend notwenig, denn es ist eine Investition gegen Verwahrlosung und Barbarei und für bessere Zukunftsbedingungen in diesem Teil des Landes. Deshalb: Helfen Sie diesen zehn Projekten für Demokratie, sie verkörpern das beste Beispiel für Mut, Engagement, Eigeninitiative, Innovation und den Willen, etwas in der eigenen Region zum Guten zu verändern. Immer wieder wird gefragt nach Initiative im Osten Deutschlands. Hier ist sie.

Anetta Kahane

Zivilgesellschaft: Vitaler Verfassungsschutz

Neonazis müssen im öffentlichen Raum bekämpft werden, nicht durch Exorzismus

Von Heribert Prantl

Im Herbst 1996 bin ich mit Leoluca Orlando, dem damaligen Bürgermeister von Palermo und Gründer der Anti-Mafia-Partei »La Rete«, durch Sizilien gefahren; die Zeitungen nennen den Mann den »Mafia-Jäger«. Wir saßen in Imbraica, im Innenhof seines Landsitzes, er zeigte in den nachtblauen Himmel, hinauf zum Franziskaner-Kloster, das auf dem höchsten Felsvorsprung von Corleone sitzt. Er wollte Fra Paolo dort im Kloster besuchen. Die Leibwächter wurden nervös, Leoluca ließ die gepanzerten Wagen stehen, lief den Berg hoch, durch die steilen Gassen von Corleone - auf dem Weg schaute er hier in eine Kneipe und dort in einen Barbiersalon, suchte manisch den Kontakt mit den Leuten. Man müsse, sagte er, zeigen, dass man sich nicht fürchtet, dass man den öffentlichen Raum nicht »denen« überlässt. Nicht »denen« – das waren die, die ein paar Jahre vorher Orlandos Freunde, den Staatsanwalt Falcone und den Richter Borsellino ermordet hatten.

Wiederentdeckung der Zivilcourage

Am Tag darauf zeigte mir Leoluca Orlando seine Palermo-Kirchen, deren Portale jetzt auch nachts offen stehen, die Oper, die er wiedereröffnen werde (was mittlerweile geschehen ist). Er redete von der Wiedergeburt Palermos: »Als ich mit meiner politischen Tätigkeit begann, war Palermo nur physisch eine Stadt. Es gab keinen Gemeinsinn. Als aber die Mafia anfing, exzessiv zu morden, als sie die beliebten Richter und Polizisten tötete, da bekamen die Menschen Angst. Sie sind auf die Straßen und Plätze gegangen und haben entdeckt, dass es eine Stadt gab, die außerhalb der eigenen Häuser existierte.« Was er meinte: die Wiederentdekkung der Zivilcourage und der Zivilgesellschaft. Schulklassen, so erzählte er, haben die Partnerschaft für Kulturdenkmäler übernommen, Unternehmen haben öffentliche Plätze adoptiert.

Was Palermo und Ostdeutschland gemeinsam haben

An Orlando und den Kampf der Zivilgesellschaft gegen die Mafia habe ich vor ein paar Monaten gedacht, als ich auf den Spuren der Amadeu Antonio Stiftung und ihrer Partner durch Ostdeutschland gefahren bin und Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit besucht habe.

Ich war im sächsischen Wurzen, in Joachimsthal in der Uckermark und in Anklam in Vorpommern. Die Jugendlichen in Wurzen erzählten, wie sie sich gegen die Glatzen wehren, was sie tun, wenn Rechtsextreme zu Mahnwachen aufmarschieren; und sie zeigten stolz das alte Domherrenhaus neben dem Dom, das sie mit Spenden kaufen konnten, und das sie in Eigenregie renovieren und in ein Kultur- und Bürgerzentrum verwandeln.

Die Pfarrerin von Joachimsthal schilderte, was passieren kann, wenn man deutsche und türkische Jugendliche in die Kirche einlädt, um dort miteinander Musik zu üben: BAFF heißt ihr Projekt – Bands auf festen Füßen. Und sie erzählte, wie zittrig diese Füße am Anfang waren, wie die rechte Kameradschaft am Ort bei einem Konzert in der Kirche die Polizei durch einen fingierten Notruf weglockte, das Gotteshaus umstellte und die jungen Musiker verprügelte. Sie erzählte, wie man sie vertreiben wollte, wie im Pfarrhaus 13-mal eingebrochen wurde und die Täter Verwüstungen hinterließen.

Durchhalten geht besser mit Unterstützung

Ich dachte an Leoluca Orlandos Motto zur Bekämpfung der Mafia. Die Pfarrerin berichtete, wie sie durchgehalten hat – und warum: Weil sie Hilfe und Unterstützung gefunden hat, weil mit der Amadeu Antonio Stiftung jemand da war, als kaum sonst jemand zur Stelle war. So wie der Pastorin ist es den Leuten von Bunt statt Braun in Anklam ergangen. Hilfe von anderen zivilgesellschaftlichen Kräften hat sie durchhalten lassen. Ohne solche Unterstützung hätte sich die Pfarrerin aus Joachimsthal nicht halten können. Stattdessen hat sie ein Beispiel gegeben. Heute stehen Bands in fünfzig Kirchengemeinden rund um Berlin wirklich auf ziemlich festen Beinen. So entsteht dort eine Gegenkultur gegen die Rechtsextremen. Die sind nicht verschwunden, aber der Pfarrerin geht es besser und ihrer Gemeinde auch: langsam wächst so etwas wie Solidarität.

Alarmsätze für die Zivilgesellschaft

Nicht immer ist es eine braune Mafia, mit der solche Projekte zu kämpfen haben. Bisweilen ist es auch nur unbewegliche Bürokratie, sind es Leute, die hinter dem Schreibtisch bürgerschaftliches Engagement mit dem Satz abblocken: »Wir sind nicht zuständig«. Dieser Satz ist ein Alarmsatz für die Zivilgesellschaft.

Unzuständigkeiten: Wieder Wurzen, Sachsen. Die Lehrerin kommt in die Klasse, auf der Tafel steht: »Juden vergasen!« Der Schulleiter, bei dem die Lehrerin Rat sucht, wimmelt ab: »Warum kommen Sie zu mir? Für Tafelabwisch ist der Hausmeister zuständig!« Wenn für den Tafelabwisch der Hausmeister zuständig ist, für die Rechtsextremisten der Verfassungsschutz, für ihre Opfer das Krankenhaus und für die kahlgeschorenen Kameraden die ABM-Mutti, die ihnen den Schlüssel für das Jugendzentrum überreicht, wenn Schüler ihre Lehrer mit »Heil Hitler« grüßen und dafür gar niemand zuständig ist, weil, so die Lehrer, »wir gar nicht mehr zum Unterrichten kämen, wenn wir uns auch noch damit auseinandersetzen müssten« – wenn Politik dann noch immer nicht sehen will, dass Feuer am Dach ist: Dann muss man dem Himmel danken, wenn Stiftungen oder Unternehmen als Feuerwehr und Technisches Hilfswerk auftreten und das demokratische Engagement vor Ort stärken.

Wenn als Nestbeschmutzer der gilt, der das Nest säubert

Wo die Mitte der Gesellschaft braun schillert, gilt als linksradikal, wer das Grundgesetz verteidigt. In Wurzen und in vielen anderen wurzenähnlichen Orten gilt als Nestbeschmutzer nicht der, der das Nest beschmutzt, sondern der, der es säubert. Manchmal ist es tatsächlich beinah im Wortsinne so, wie es der Film- und Buchtitel sagt: Allein gegen die Mafia. In dieser Situation zu bestehen ist ein Akt hoher Zivilcourage.

»Man darf den öffentlichen Raum nicht ›denen‹ überlassen«, hatte der Anti-Mafia Mann Leoluca Orlando gesagt. Nicht »denen«: In Ostdeutschland sind es rechte Kameradschaften, die den öffentlichen Raum besetzen; in ganzen Kleinstädten ist Rechtsextremismus zur dominanten Jugendkultur geworden. Auf Schulhöfen zumal der Berufsschulen dominieren kahlgeschorene Jungmänner. Die NPD sitzt in Stadträten, die rechten Cliquen sitzen in den Kneipen, bei Sportveranstaltungen und Stadtfesten.

Investitionen in demokratische Kultur fehlen

Das ist das Milieu, in dem die Netzwerke für Demokratische Kultur arbeiten. Der Staat hat unendlich viel Geld in die Wirtschaft und Infrastruktur investiert, aber viel zu wenig in die Demokratie. Nach der Einheit hat man geglaubt, wenn man den Boden mit freiem Wettbewerb düngt, wächst darauf demokratisches Leben. Man hat sich getäuscht. Die Landtage im Osten sind noch immer nicht Teil vitaler demokratischer Grundstrukturen, die Kommunalparlamente nicht Ausdruck lebendiger Demokratie.

Die Menschen im Osten waren nach der Wende nicht Anpacker, sondern wurden angepackt. Sie riefen die Mark, und dann rollte die Marktwirtschaft über sie hinweg. Viele ließen das ergeben geschehen. Sie jammer-

Offen fordert diese rechtsextreme Kameradschaft für einen braunen Sozialismus.



ten, soffen, schimpften auf den Staat und hatten und haben nichts dagegen, sich von ihm aushalten zu lassen.

Vor ein paar Jahren begann die Larmoyanz zu weichen, an ihre Stelle tritt immer häufiger selbstbewusste Demokratieverleugnung. Nicht wenige Ostdeutsche glauben gelernt zu haben, dass ihnen einst die DDR-Machthaber über das Wesen des Kapitalismus so viel Falsches nicht erzählt haben. Sie fliegen nach Mallorca, schwärmen von der Gemütlichkeit der alten DDR, werden aber ungemütlich, wenn es um Ausländer geht.

Rückeroberung des öffentlichen Raums

Wenn in Ostdeutschland Neonazis »ausländerfreie« oder »national befreite« Zonen proklamieren, dann sagt das genau, worum es gehen muss: Um die Rückeroberung des öffentlichen Raums für die Werte der Demokratie und der Toleranz. Das gilt nicht nur für Ostdeutschland. Die besonderen Probleme dort verleiten im Westen dazu, sich pharisäerhaft zu gerieren; als ob Zivilcourage und Verantwortungsgefühl nicht auch hier Mangelware wären.

Verwahrlosung des öffentlichen Raums kann so viele Ursachen haben. In Sizilien heißt das, was das Gemeinwesen zerstört: Mafia. In Deutschland heißt es: Neonazismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit. Es heißt Ausgrenzung, Desintegration, Jugendarbeitslosigkeit, Zerfall des sozialen Zusammenhalts. Es heißt Sprachlosigkeit zwischen Deutschen und Ausländern, zwischen Altbürgern und Neubürgern. Es heißt Verlust von Verantwortungsgefühl. Mafia in Deutschland hat andere Namen, eine andere Geschichte, sie funktioniert anders. Aber sie richtet vergleichbares Unheil an. Und hier wie dort wird oder wurde geleugnet, dass es sie gibt: »Mir ist nicht bekannt, dass es bei uns Rechtsradikale gibt«, so sagen Bürgermeister gern.

Dagegen helfen die klassischen Methoden der Bekämpfung von organisierter Kriminalität nicht viel weiter. Mit Kronzeugenregelungen, mit den Mitteln und Methoden des starken Staats ist es nicht getan. Es ist auch nicht damit getan, Auschwitzlüge und Volksverhetzung unter Strafe zu stellen, die Synagogen zu bewachen, ein paar Neonazis aus dem Verkehr zu ziehen. Man braucht eine starke Zivilgesellschaft.

Denn Demokratie ist eine Gemeinschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet – zu dieser Gemeinschaft gehören die Alt- und die Neubürger, zu dieser Gemeinschaft gehören die sozial Schwachen und die sozial Starken, die Behinderten, die psychisch Kranken. Miteinander gestalten: Dieser Gedanke steht hinter allen in diesem Heft vorgestellten Projekten. Verfassungsschutz ist nicht (oder nicht nur) das, was sich in einer Bundesbehörde dieses Namens etabliert hat. Das ist der amtliche Verfassungsschutz. Der vitale Verfassungsschutz lebt in den bürgerschaftlichen Initiativen.



Die Musiker Afrob, Adé Odukoya, Germ und D-Flame von den Brothers Keepers setzen sich gegen Rassismus ein.

Zur Bewältigung des vermeintlich unerklärlich Bösen gab oder gibt es in fast allen Religionen den Exorzismus: Zauberer, Medizinmänner oder Priester versuchen mit magischen Handlungen, böse Mächte zu vertreiben. Da wir gebetet, getanzt, gesalbt, gewaschen, die Hand aufgelegt – oder einfach laut gelärmt, um so den Dämon zu bannen.

Politischer Exorzismus

Um den Neonazismus aus Deutschland auszutreiben, findet hierzulande alle paar Jahre, nach besonders aufsehenerregenden Anschlägen oder nach besonderen Wahlerfolgen der Rechtsextremisten, eine Art politischer Exorzismus statt. Die Handlungen, die zu diesem Zweck vollzogen werden, reichen vom politischen Lärmen bis hin zum Verbotsantrag.

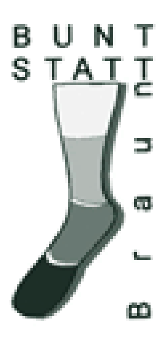
Als der Verbotsantrag gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht scheiterte (aus Gründen, welche die amtlichen Verfassungsschützer selbst zu vertreten hatten), brach auch der 2000 ins Leben gerufene Aufstand der Anständigen bald wieder zusammen. Im Gefolge des gescheiterten Verbotsantrags bröckelten außerdem die staatlichen Programme zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, mit denen bisher lokale Initiativen, Opferhilfen und Jugendsozialarbeit finanziert wurden.

Wenn die Zahl der Anschläge nicht sinkt, dann heißt es in Teilen der Politik: »Die Programme sind eh nicht erfolgreich.« Wenn die Zahl der Anschläge aber sinkt, heißt es: »Die Programme brauchen wir nicht mehr.« Die Folge solcher Ignoranz ist, dass der exorzistische Klamauk alle paar Jahre von neuem beginnt.

Ohne die Zivilcourage vieler geht es nicht

Die Projekt-Arbeit gegen Rechtsextremismus zeigt jedoch, wo Mittel und Möglichkeiten liegen, wirksam zu agieren. Und sie zeigt auch, dass es ohne die Zivilgesellschaft nicht geht. Diese entsteht, wenn die Zivilcourage vieler sich addiert, wenn sie sich zusammenfügt wie in einem gigantischen Puzzle. Es ist bitter, wenn die Initiativen gegen Rechts finanziell von der Hand in den Mund leben müssen. Damit ihr Engagement auf lange Sicht gesichert werden kann, bedarf es der Unterstützung – die Wirtschaft, große und auch kleine Firmen und Unternehmen, andere Teile der Zivilgesellschaft auch, müssen erkennen, dass sie sich selber etwas Gutes tun, wenn sie dieses Engagement fördern.

Heribert Prantl ist Leiter des Ressorts Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung.



Aufklären gegen braune Kameradschaften
Bunt statt Braun Anklam e.V.

In Ostvorpommern, der Küstenregion von Mecklenburg-Vorpommern, gibt es ein massives Rechtsextremismus-Problem. Der Verein Bunt statt Braun vermittelt, warum Ignorieren keine Lösung ist.

Viele Jahre waren große Gruppen rechtsextremer Skinheads aus dem Straßenbild Anklams und der umliegenden Orte nicht wegzudenken. Diese bedrohlichen Ansammlungen sind heute nicht mehr zu sehen. Hatten also die Anklamer Recht, die meinten, man müsse die Rechtsextremen nur ignorieren, dann würden sie sich schon beruhigen?

Rechtsextreme sind gesellschaftlich verankert

Der Verein Bunt statt Braun erlebt das anders: »Die haben sich nicht beruhigt. Die haben sich etabliert.« Die Schläger-Kids der neunziger Jahre sind heute ideologisch gefestigte, in Kameradschaften organisierte Rechtsextreme. Sie betreiben Handwerksbetriebe, die nur rechtsextreme Azubis einstellen, verkaufen in Läden rechtsextreme Musik und Kleidung, vermieten Schulungshäuser an Neonazis aus der ganzen Republik. Und sie sind über ihr eigenes Umfeld hinaus aktiv: Sie lassen sich in die Elternbeiräte der Schulen wählen, sponsern lokale Sportvereine, rufen die »Kameraden« dazu auf, sich als Schöffen fürs Gericht zu melden.

Fehlendes Problembewusstsein

Das alles ist vielen Menschen in Ostvorpommern bekannt. Was aber nicht heißt, dass sie es auch als Problem ansehen – oder gar als ihr Problem. Gründe, den Rechtsextremismus in der Region zu ignorieren, finden sich unterschiedliche: In vielen Familien gibt es im Verwandtenkreis Rechtsextreme. Viele Menschen fühlen sich für die Demokratie im Ort nicht verantwortlich, erwarten, dass andere etwas tun. Es gibt auch einige, die die »sauberen und ordentlichen« jungen Rechten durchaus angenehm finden. Wieder andere sagen: »Das sind die einzigen, die hier noch was machen.« Denn Ostvorpommern ist geprägt von Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Resignation.

Verheerend für alle Bewohner

Doch es hat Auswirkungen auf den ganzen Ort, wenn Neonazis mit ihrer menschenverachtenden Ideologie Einfluss nehmen. Lebensqualität und Klima ändern sich gravierend, wenn tatenlos zugesehen wird, wie Rechtsextreme Angst und Gewalt verbreiten.





Starbesuch stärkt Schüler: Bunt statt Braun organisierte Schul-Besuche von HipHop-Musikern wie Adé und D-Flame von den Brothers Keepers zum Thema Rassismus.

Seite 10: 2003 demonstrierten Neonazis auf Usedom gegen die Wehrmachtsausstellung. Bunt statt Braun motivierte Bürger und den Tourismusverband zum Protest gegen den rechtsextremen Aufmarsch.

Sachkompetenz gegen rechts

Diese Probleme versucht der Verein Bunt statt Braun den Menschen zu Bewusstsein zu bringen. Seine Mitglieder wollen bei Bürgermeistern und Ordnungsämtern, Polizei und Schule, Jugendsozialarbeit und Verwaltung für rechtsextreme Einflüsse sensibilisieren und vermitteln, dass man gegen Rechtsextremismus vorgehen kann – und muss. Der Verein wurde 1999 als Bündnis gegen eine Neonazi-Demonstration in Anklam gegründet und umfasst heute rund 15 ehrenamtliche Mitglieder, die in der Schule, in der Verwaltung oder freiberuflich arbeiten.

Sich vernetzen und Position beziehen

Bunt statt Braun nutzt verschiedene Strategien, um auf das Problem Rechtsextremismus hinzuweisen. Dazu gehören große Feste und Ausstellungen für die breite Öffentlichkeit ebenso wie Fachkonferenzen und Angebote an Schulen – und viele Hintergrundgespräche. »Für uns ist es ein wichtiger Erfolg, dass uns viele Entscheidungsträger der Region inzwischen ernst nehmen«, erzählt Günther Hoffmann von Bunt statt Braun, »während wir am Anfang nur als übersensible Nestbeschmutzer galten.« Der Verein beobachtet die Aktivitäten der rechtsextremen Szene seit Jahren und ist deshalb für die Polizei ein wichtiger Ansprechpartner geworden. Auch viele Bürgermeister und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Schulleiter und Jugendamtsmitarbeiter hören jetzt zu, wenn Bunt statt Braun vor neuen rechtsextremen Aktivitäten warnt.

In den letzten Jahren hat Bunt statt Braun mit Partnern außerdem drei Praxistagungen zu aktuellen rechtsextremen Strömungen der Region und zu Gegenstrategien organisiert. Dort trafen sich bereits engagierte Menschen mit interessierten Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung und Schule – ein gutes Fundament für fachübergreifende Zusammenarbeit. Auch dass sich der Tourismusverband auf Usedom 2003 anlässlich der Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« erstmals öffentlich gegen Rechtsextremismus positioniert hat, ist der Initiative von Bunt statt Braun zu verdanken. Solche Beispiele sind wichtig in einer Region, in der viele »keinen Ärger« haben wollen und deshalb meinen, Schweigen sei die beste Lösung – auch wenn dadurch Angstzonen für viele geschaffen werden. Das wichtige Engagement von Bunt statt Braun zeichnete die Schriftstellervereinigung P.E.N. im November 2004 mit der Hermann-Kesten-Medaille aus.

Neue Ansätze

Die bisherigen Erfolge sind für Bunt statt Braun der Beginn, aber lange nicht das Ziel. Sie suchen vor allem neue Strategien, denn die meisten pädagogischen Konzepte gegen Rechtsextremismus sind für Städte erdacht und funktionieren im ländlichen Raum nur modifiziert. Gute Erfahrungen hat der Verein mit einem Präventionsprogramm für fünfte und sechste Schulklassen gemacht. »Das wird normalerweise erst älteren Kindern angeboten. Aber wenn die Kinder hier 13 Jahre alt sind, sind sie schon jahrelang der Propaganda der rechten Jugendarbeit ausgesetzt«, sagt ein Engagierter, »wir müssen sie doch vorher erreichen.« Das ist nicht leicht in einer Region, in der jeder Jugendliche Rechtsextreme kennt, als Nachbarn, aus dem Jugendclub oder aus der eigenen Familie.



Jugendliche auf historischer Spurensuche
Geschichtswerkstatt Rostock e.V.

Die Geschichtswerkstatt Rostock regt Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern an, vor Ort über die NS-Zeit zu recherchieren – und vermittelt ihnen dabei, dass neonazistische Ideologie nie wieder Einfluss erlangen darf.

Die Ernst-Heinkel-Flugzeugwerke in Rostock gehörten zu den ersten Firmen, die zur NS-Zeit Zwangsarbeiter einsetzten, über zehntausend insgesamt. Wenn Rostocker heute darüber sprechen, fügen sie gern hinzu, dass aber die Heinkel-Werke die Zwangsarbeiter ja sogar besser versorgt hätten, als sie es gemusst hätten. Reno Stutz von der Geschichtswerkstatt Rostock weiß, dass Schüler das von ihren Großeltern oder Eltern hören. »Aber sie hören nichts über die Umstände – dass dies nicht aus Menschlichkeit geschah, sondern damit die Zahl der produzierten Bomber stimmte.«

Anregung gegen Pauschalisierung

Zu einer differenzierten Betrachtung von Geschichte will die Geschichtswerkstatt Rostock anregen. Die rund 25 Mitglieder des Vereins betreiben in Rostock ein Bürgerhaus und sind vor allem zur Regionalgeschichte Mecklenburg-Vorpommerns aktiv – unter anderem mit Stadtrundgängen und einer eigenen Zeitschrift, Forschungsprojekten und Lehrerweiterbildungen.

Schüler stark machen

Mit dem Ausstellungsprojekt »Zwangsarbeit im Ostseeraum 1939-45« wenden sich die Aktiven an Schülerinnen und Schüler. In Mecklenburg-Vorpommern sind in vielen Regionen rechtsextreme Einstellungen gerade unter Jugendlichen weit verbreitet, werden aber auch gesellschaftlich wenig geächtet. »Da ist es besonders wichtig, dass wir den Kindern zeigen: Es gibt andere Meinungen, andere Denkstrukturen, eine andere Auseinandersetzung mit der NS-Zeit, als sie es im Umfeld erleben«, sagt Reno Stutz.

Stutz ist Germanist und Historiker und betreut das Projekt. Gestartet ist es im Jahr 2002 an fünf Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. Pro Jahr kommen drei neue Schulen dazu. Die Idee hinter dem Projekt: Jugendliche erforschen, was in ihrer Region während des Zweiten Weltkriegs geschah, erleben so Auswirkungen des Nationalsozialismus nach und entwickeln eine eigene, kritische Sichtweise.

Geschichte zum Anfassen

»Wir möchten Jugendlichen begreifbar machen, dass Geschichte nichts Abstraktes ist, das irgendwo passiert«, erklärt Stutz. Zwangsarbeit gab es eben nicht nur bei der IG Farben oder bei Siemens, sondern deutschlandweit in Fabriken oder auf Bauernhöfen, in KZ-Außenlagern oder in wohlhabenden Familien als Hausmädchen. »Wenn die Jugendlichen in ihrer Stadt, in ihrem Dorf recherchieren, stellen sie schnell fest: Fast jeder hatte Kontakt mit Zwangsarbeitern«, sagt Stutz und fügt hinzu: »und sie sehen: Viele Zwangsarbeiter wurden sadistisch gequält und haben das oft noch schlimmer empfunden als die Behandlung im KZ, weil sie eben von Zivilisten misshandelt wurden. Andere wurden sehr anständig behandelt, zum Teil sind Kontakte entstanden, die bis heute gepflegt werden. Die Welt ist nicht eindimensional. Und die Menschen hatten eine Wahl, sich zu verhalten.«



Schüler erforschen die Geschichte ihrer Region, lernen viel über die Zeit des Nationalsozialismus und arbeiten die Ergebnisse für das Ausstellungsprojekt auf.

Praktisch läuft eine Projektstation so ab, dass die 14- bis 18-jährigen Schülerinnen und Schüler in Projekt- und Wahlpflichtkursen Informationen zu Zwangsarbeit in ihrer Region erarbeiten. Bei Kursen an Regionalschulen kommen praktische Recherchen gut an: Mit der Kamera unterwegs sein und Spuren suchen etwa, Betonreste oder Inschriften in den Sprachen der Zwangsarbeiter finden oder Produktionsanlagen lokalisieren und dann fotografieren, was dort heute steht. Gymnasiasten recherchieren auch im Stadtarchiv, sichten Briefe aus der NS-Zeit oder werten Erinnerungsberichte aus, die Zwangsarbeiter ihren Anträgen auf Entschädigung beilegten.

Betonreste finden, Lebensgeschichten recherchieren

Außerdem suchen die Jugendlichen Zeitzeugen aus ihrer Umgebung und befragen sie zu ihren Erinnerungen. »Oft stoßen sie natürlich auf eine Mauer des Schweigens«, berichtet Stutz, »aber trotzdem finden sie so viel heraus, dass die Menschen Historikern niemals erzählen würden.« Manchmal ist es möglich, ehemalige Zwangsarbeiter ausfindig zu machen und einzuladen – eine besonders intensive Erfahrung, die jede pauschalisierte Sicht zunichte macht.

Die Mauer des Schweigens durchbrechen

Die Ergebnisse der Recherchen werden für Ausstellungstafeln aufgearbeitet. Inzwischen besteht »Zwangsarbeit im Ostseeraum 1939-45« aus 31 Tafeln. »Das ist ein wesentlicher Teil des Projekterfolgs«, sagt Reno Stutz, »es gibt ein greifbares Ergebnis. Und die Jugendlichen erleben das Interesse an ihrer Arbeit.« Seit 2002 tourt die Schau durch Schulen, Bibliotheken und Gedenkstätten. Und die Zahl der Anfragen – von Ausstellungsorten und Schulen – reißt nicht ab.

Aus den Erkenntnissen wird eine Ausstellung

Und was nehmen die Schülerinnen und Schüler aus der Arbeit mit? Reno Stutz lächelt bescheiden und sagt: »Messbar ist das natürlich nicht.« Aber wenn er die Jugendlichen mit Feuereifer recherchieren sieht, wie sie Klingelzeichen überhören und Pausen durcharbeiten – eine Gruppe machte sogar in den großen Ferien weiter, obwohl das Projekt an ihrer Schule schon abgeschlossen war –, dann kann er es sehen: Bei diesen Jugendlichen hat das Projekt die Lust geweckt, sich ein eigenes Bild zu machen und sich nichts mehr pauschal erzählen lassen. Das sehen auch die Mitschüler, die nicht im Kurs waren. Und sie werden es hören, wenn Aussagen wie »Aber die Autobahnen waren doch in Ordnung« in Zukunft nicht mehr unhinterfragt bleiben.

Und aus der Ausstellung ein Erfolg



Die Ausstellung über Zwangsarbeit im Ostseeraum stößt auf reges Interesse und ist fortlaufend gebucht. Die Schüler erfahren so Anerkennung.



Demokratie erfahrbar machen
Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern

Das Mobile Beratungsteam für demokratische Kultur hilft Menschen, die für ein »Mehr« an Demokratie eintreten und sich gegen rechtsextreme Gefahren engagieren.

»Es gibt hier viele Orte, in denen sagen uns Bürgermeister, manche Pfarrer, sogar einige Streetworker zunächst: Nett, dass ihr fragt. Aber wir haben alles im Griff. Wir haben keinen Bedarf, gegen Rechtsextremismus beraten zu werden«, sagt Christian Sell vom Mobilen Beratungsteam Greifswald. »Wenn man hier ›Normalbürger‹ fragt«, ergänzt seine Kollegin Stefanie Sarnoch, »sagen sie: Die Jungs und Mädels wollen sich doch nur austoben. Sie müssen nur aufpassen, dass sie nicht ins Gefängnis kommen.«

Gefährliche »Jungs und Mädels«

Wenn die rechtsextremen »Jungs und Mädels« sich »austoben«, dann kleben sie nicht nur neonazistische Plakate und Aufkleber, singen »Landser«-Songs am Lagerfeuer, treffen sich zu Aufmärschen und Demonstrationen, schreiben rechtsextreme Schülerzeitungen, Internetseiten oder Zeitschriften mit rassistischen, nationalistischen und revisionistischen Hetzparolen voll. Wenn sie sich richtig »austoben«, schlagen sie Asylbewerber oder alternative Jugendliche krankenhausreif. Im schlimmsten Fall traten sie einen Obdachlosen tot, weil sie fanden, dass »asoziale Landstreicher« nicht in die Gesellschaft passten (im Juli 2000 in der als ›Kaiserbad‹ bekannten Touristenhochburg Ahlbeck).

Zu viel davon ist für zu viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern kein bewusstes Problem. Oft muss erst ein Image-Schaden drohen, weil Touristen angegriffen werden, oder tatsächlich ein Mord geschehen, bevor Kommunen sich dem Problem Rechtsextremismus aktiv stellen.

Stefanie Sarnoch und Christian Sell allerdings wollen daran grundlegend etwas ändern. Die beiden gehören zum Mobilen Beratungsteam für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern (kurz mbt), das in Mecklenburg-Vorpommern an insgesamt vier Standorten Regionalbüros unterhält (in Greifswald, Neubrandenburg, Schwerin und Rostock).

Mobile Beratungsteams haben die Aufgabe, den Kampf gegen Rechtsextremismus effektiver und professioneller zu gestalten, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit einzudämmen und demokratische Kräfte zu stärken. Die Förderung einer liberalen Zivilgesellschaft steht im Mittelpunkt der Arbeit, auch als Voraussetzung für ein wirtschaftlich positives Klima.

Praktisch heißt das für die Politikwissenschaftlerin und den Sozialpädagogen aus Greifswald: engagierte Menschen zusammenführen, gute Projektideen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie in die Jugendclubs und Schulen tragen, Fortbildungen für Lehrer und Sozialarbeiterinnen anbieten, damit sie den oft verschleiert auftretenden Neonazismus auch erkennen; und hartnäckig bleiben bei Entscheidungsträgern, die immer noch kein Problem darin sehen, wenn Rechtsextreme mit rassistischen Graffitis Angstzonen markieren für Menschen, die anders sind.

Rechtsextreme Alltagskultur in Mecklenburg-Vorpommern: Thyr-Rune statt Kreuz für einen tödlich verunglückten Rechtsextremisten.



Konzentrierte Atmosphäre bei einem Seminar des Mobilen Beratungsteams.

Schwierigkeiten auf dem Land

»In Greifswald selbst«, sagt Stefanie Sarnoch, »ist die Projektelandschaft gut. Es gibt einen Präventionsrat, Netzwerkstrukturen, ein liberaleres Klima schon durch die Universität.« Die Probleme liegen im ländlichen Bereich, wo die Jugendclubs oft von ABM-Kräften ohne pädagogische Ausbildung oder feste Arbeitsverträge betreut werden – nicht gerade optimale Voraussetzungen für die schwierige Arbeit mit rechtsextremen, hochproblematischen Jugendlichen. »Alles im Griff haben« heißt hier lediglich, dass nicht ständig Menschen verprügelt werden. Dort, wo große Teile der Dorfbewohner selbst fremdenfeindliche Ressentiments pflegen, etwa gegen die polnischen Nachbarn. Für das aufstrebende Tourismusland Mecklenburg-Vopommern ist das ungünstig.

Gegen Postschließungen und Migranten

»Außerdem treten die Rechtsextremen hier geschickt als ›Beschützer des kleinen Mannes‹ auf«, sagt Stefanie Sarnoch. »Wenn eine Postfiliale geschlossen wird, wenn Schulklassen zusammengelegt werden sollen, sind die da, kleben Plakate und äußern die Proteste, die sie am Stammtisch von den Anwohnern gehört haben.« Auch Kinderfeste und Fußballturniere gehören zu den Aktivitäten, mit denen die Neonazis Sympathisanten finden. »Und wenn dann über neue Standorte für Asylbewerberheime diskutiert wird, dominieren sie mit ihren rassistischen und menschenverachtenden Argumenten die Diskussion«, sagt Christian Sell. Die Kommunalwahlen 2004 zeigten den Erfolg der rechtsextremen Strategie, mit bis zu zwölf Prozent NPD-Wählern in manchen Orten.

Beraten, anregen, aktivieren

Das mbt tritt dem mit Aufklärungsarbeit und Handlungsanregungen entgegen. Die Mitarbeiter sind Ansprechpersonen für diejenigen, die etwas gegen rechtsextreme Tendenzen tun und die demokratische Kultur auf lokaler Ebene fördern wollen. Das fängt oft im Kleinen an, wie Christian Sell erzählt: »Oft wollen Leute wissen, was sie tun können, wenn rechtsextreme Hetzaufkleber in ihrem Viertel auftauchen; und dann rufen sie uns wieder an, weil die Behörden trotz ihrer Beschwerde seit einer Woche nichts getan haben.«

Die Arbeit der Mobilen Beratungsteams ist umso nötiger, je weniger Menschen es gibt, die sich ernsthaft gegen Rechtsextremismus einsetzen. Weil diese Menschen oft alleine dastehen, ist es wichtig, sie zu unterstützen und Kontakte herzustellen. »Es gibt auch gute Projekte in der Region«, betont Christian Sell, »und in den Schulen gibt es Lehrerinnen und Lehrer, die etwas tun wollen, aber nicht so recht wissen, wie das geht. Diese Akteure bringen wir zusammen und unterstützen sie.« Partizipation statt Resignation, das vermittelt das mbt und macht den Wert von Demokratie erfahrbar.



Von der Bande zur Band
BAFF – Bands auf festen Füßen, Joachimsthal

Im Projekt »BAFF – Bands auf festen Füßen« der evangelischen Gemeinde Joachimsthal machen Jugendliche Rockmusik – und lernen dabei Respekt und Achtung vor anderen Gedanken.

Wer die von Schinkel erbaute Kreuzkirche in Joachimsthal am Nachmittag betritt, kann aus dem Seitenflügel ungewöhnlich weltliche Töne vernehmen: E-Gitarre und Schlagzeug, Popchöre und Rap. Für einige Jugendliche ist die Kirche nämlich nicht nur ein Sakral-, sondern auch ein Bandübungsraum: Sechs Gruppen gibt es derzeit, die Mitglieder sind im Schnitt zwischen 12 und 18 Jahre alt, ein paar mehr Jungen als Mädchen. Zweimal im Jahr zeigen sie allen Joachimsthalern, was sie können: Im Sommer auf dem Festival »Musik im Park«, im Winter bei »Jugend im Advent« in der Kirche selbst.

Die Tür steht offen bei den Frauen von BAFF

Möglich machen dies Pfarrerin Beatrice Spreng und ihre beiden Mitarbeiterinnen, die im Haus gleich gegenüber des Kirchengebäudes ihren Arbeitsplatz haben. Die Tür des evangelischen Pfarrhauses ist geöffnet wie immer. Oft kommen nach der Schule Jungen und Mädchen vorbei, die ein bisschen quatschen möchten, wenn es zu Hause Stress gibt, oder einfach so, wenn sie die Zeit nicht auf der Straße verbringen wollen. Dann stellt Brigitta Klucke, Bürokraft und gute Seele des Pfarrhauses, einfach ein paar Teller mehr auf den Mittagstisch.

Als der Jugendclub schloss, gingen Rechtsextreme auf Mitgliederfang

Beatrice Spreng kam 1994 »aus dem Hessischen« in die 4000-Einwohner-Stadt in Brandenburg. Der Jugendclub war gerade geschlossen worden und Rechtsradikale aus den Nachbarorten gingen unter den Jugendlichen auf Mitstreiterfang. »Hier gibt es gar keine Menschen aus anderen Herkunftsländern«, erzählt die blonde 50-Jährige, »deshalb entstehen leichter Vorurteile.« Um die abzubauen, lud sie Bands migrantischer Jugendlicher über die Kreuzberger Musikalische Aktion (KMA) aus Berlin ein.

Nach dem ersten Auftritt 1994 umringten plötzlich 30 Jugendliche den Bandbus der türkischen Kids und bedrohten die Insassen. »Die ganze Gemeinde war schockiert über unsere Kinder, zum Teil unsere Konfirmanden.« Deshalb stand die Gemeinde auch hinter ihr, als sie beschloss: Wir müssen etwas tun.

Der Anfang von BAFF war ein Überfall

Im Ort war Zustimmung nicht so leicht zu finden. Beatrice Spreng galt als Nestbeschmutzerin, weil sie rechtsextremen Tendenzen benannte. »Immer wenn jemand zu mir gesagt hat: ›Das sind doch unsere Kinder, die sind doch keine Rechten‹, habe ich geantwortet: Natürlich sind das keine Rechten. Aber es sind Jugendliche auf der Suche nach Anerkennung, und mit einem so geringen Selbstwertgefühl, dass sie sich der rechten Agitation nicht entgegenstellen.«

Rocken gegen rechtsextreme Gedanken

Da hilft, dachte sich Beatrice Spreng, Musik machen. Das interessiert die Jugendlichen. Und man muss sich zuhören und gegenseitig respektieren, um einen Song zustande zu bekommen. Damit auch schnelle Erfolgserlebnisse möglich sind, sollten die Bands von Profimusikern betreut werden: »Sonst ist das doch wieder nur was für die Kreativen und Begabten.



Ein Konzert von BAFF: Hier zeigen die Jugendlichen, dass sie gelernt haben zu rocken. Das stärkt das Selbstwertgefühl.

Aber jeder kann Spaß an Musik haben«, sagt sie. So wurde »BAFF« geboren, »Bands auf festen Füßen«. Gemäß der Idee, wie Spreng es so schön nennt, »aus einer Bande eine Band zu machen.«

Die Eltern sind dankbar

Heute sind die Aktivitäten von BAFF im Ort anerkannt. »Wir haben gewonnen«, sagt Beatrice Spreng. Es gibt noch Rechtsextreme, aber sie sind nicht mehr dominant. Mit der evangelischen Gemeinde und BAFF gibt es ein Gegenangebot für nicht-rechte Kids, das gut angenommen wird. Die Eltern sind dankbar.

Alte Damen mit Regenschirmen gegen Skinheads

In den letzten zehn Jahren musste die Mutter einer kleinen Tochter einiges Durchhaltevermögen an den Tag legen. Sie wurde bedroht, im Pfarrhaus die Scheiben eingeworfen, das Auto demoliert, in der Kirche die Bibeln zerrissen, die Orgelpfeifen beschädigt. 13 Übergriffe waren es insgesamt. Brigitta Klucke erzählt: »Wir haben uns hier zum Teil im Büro regelrecht verschanzt. Was für Konfrontationen – zum Teil waren es wirklich alte Damen mit Regenschirmen gegen einen Haufen Skinheads.«

Wenn alle gegen einen sind

Die Erwachsenen waren kaum solidarischer. Im Ort die Anfeindungen, die neue Pfarrerin würde die Rechtsextremen doch nur herbeireden. Die Gemeinde monierte, die Kinder wären zu laut, Rockmusik zu unchristlich, die Pfarrerin zu modern. Wenn alle Welt gegen einen ist – wie hält man das aus?

»Das haben uns die Kids auch oft gefragt: warum macht ihr das?«, sagt Bea Spreng und lächelt. Genau darum macht sie es. Weil es funktioniert, weil sie bei den Kindern so viel erreichen. Weil sie es großartig findet, wenn sie und ihre Mitarbeiterinnen den Jugendlichen quasi nebenbei zur Freizeitbeschäftigung christliche Werte vermitteln können, Nächstenliebe, Gerechtigkeit, Achtung vor allen Menschen und der Schöpfung. »Kinder suchen Werte, und wir können sie ihnen vorleben«, sagt sie.

In jedem Dorf steht eine Kirche...

Die guten Erfahrungen, die BAFF mit der musikalischen Jugendarbeit gemacht hat, geben die Joachimsthaler nun an andere Gemeinden weiter, organisieren Workshops in umliegenden Gemeinden und Jugendclubs. Oft entstehen daraus neue Band-Projekte. »Wissen Sie, in jedem Dorf steht eine Kirche, und in diese Kirche gehen jeden Sonntag im Schnitt 15 Menschen, die aus ihrem christlichen Glauben heraus gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sind«, sagt Beatrice Spreng. »Dieses Potenzial müssen wir einfach nutzen.«



Jung und Alt sensibilisieren gegen Fremdenfeindlichkeit
Kulturkreis der Stadt Hohen Neuendorf e.V.

Mit buntem Programm versucht der Kulturkreis, Perspektiven zu erweitern und in Hohen Neuendorf ein weltoffenes und tolerantes Klima zu etablieren.

Mit Kultur demokratiefördernd wirken

»Nicht weiter tatenlos zusehen, sondern handeln«, sagten sich im Jahr 2001 die Mitglieder des Kulturkreises aus dem brandenburgischen Ort Hohen Neuendorf. Der Verein war im Jahr 1993 gegründet worden, um Verständigung und Gedankenaustausch anzukurbeln. Jetzt wollten die Aktiven auch Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz im brandenburgischen Hohen Neuendorf etwas entgegensetzen. Warum also nicht mit einer guten Mischung von Literatur, bildender Kunst, Publizistik, Satire und Musik gegen die Dumpfheit der ewig Gestrigen vorgehen?

Anlass zur Aktivität gaben 2001 die mit Neonazis sympathisierenden Jugendlichen, die in Hohen Neuendorf immer auffälliger agierten. »Es gab antisemitische Schmierereien, pöbelnde rechtsradikale Cliquen, ausländerfeindliche Aktionen«, berichtet Angelika Stobinski vom Kulturkreis, »parallel entwickelte sich eine gesellschaftliche Atmosphäre von Neid und Missgunst, voller Vorurteile gegenüber Minderheiten. Angst verleitete zum Wegschauen und Wegducken gegenüber rechtsextremen Tendenzen. Wir mussten also handeln!«

Der Kulturkreis Hohen Neuendorf startete das Projekt »Brot & Salz«, um den erstarkenden Rechtsextremismus im Ort offen anzusprechen, integrativ wirkende kulturelle Erlebnisse zu schaffen und Generationen übergreifend die Zivilcourage in der Kommune zu stärken.

Suche nach Verbündeten

Es galt zunächst, das Gemeinschaftsgefühl unter demokratisch Engagierten zu beleben. Was lag näher, als Verbündete in anderen Vereinen, in den demokratischen Parteien, im Rathaus, in den Kirchen und in den Schulen zu suchen? Das erwies sich als schwieriger als gedacht – rieten doch viele, lieber keine schlafenden Hunde zu wecken. Eine kleine Gruppe begann schließlich mit der Arbeit. Im Kulturkreis sind heute rund 30 Bürgerinnen und Bürger im Alter zwischen 25 und 80 Jahren aktiv.

Die Zukunft aktiv gestalten

Brot & Salz organisiert seitdem Veranstaltungen wie interkulturelle Begegnungen, Zeitzeugenberichte, Filmtage, Gespräche zum Einmischen und Workshops an Schulen. So erweitert sich der Kreis derjenigen, die sich mit dem Kulturkreis um eine demokratische Alltagskultur bemühen. Unter anderem sind das Jugendzentrum, der Stadtverein und die Kindervereinigung wertvolle Partner vor Ort.

Sympathie der Hohen Neuendorfer zeigte sich auch, als der Kulturkreis 2002 eine Fragebogenaktion durchführte. Unter dem Titel »Gegen die Angst, allein da zu stehen« befragten die Aktiven ihre Mitbürger zu ihrer Haltung gegenüber Diskriminierung und Gewalt. Geschäftsleute ließen sich überzeugen, die Fragebögen auszulegen und Briefkästen für die Abgabe der Antworten aufzustellen. Das Rathaus schloss sich an, wollte aber nicht für die Unversehrtheit des Kastens garantieren. Nach der Auswertung entwickelte der Kulturkreis mit anderen engagierten Bürgern einen Aufkleber für ein »Solidarisches Hohen Neuendorf – Ohne Hass



Bei den interkulturellen Wasserwerk-Begegnungen treffen sich Jugendliche, um gemeinsam Kultur zu gestalten und zu genießen.

und Gewalt«, der heute an vielen Eingängen zu öffentlichen Räumen zu sehen ist. Nur nicht an der Rathaustür. Bürgermeisterin und Stadtrat sahen sich zur »Neutralität« verpflichtet.

Engagement von Jung und Alt

Seit ein paar Jahren arbeitet der Kulturkreis im Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt Oranienburg mit. Außerdem initiierte er die Zukunftswerkstatt Hohen Neuendorf. Diese Bürgerinitiative lebt durch das Mitwirken vieler Personen aus dem Kulturkreis, demokratischen Parteien, dem Jugendzentrum und einigen anderen Vereinen. Hier werden Erfahrungen und Beobachtungen ausgetauscht, Vorhaben des Projektes Brot & Salz unterstützt und neue Ideen in der Auseinandersetzung mit Intoleranz und Rassismus entworfen.

Besonderes Augenmerk legt der Kulturkreis auf die Zusammenarbeit mit Jugendlichen. Seit 2001 finden einmal im Jahr die interkulturellen Wasserwerk-Begegnungen statt, die jeweils unter Motti standen wie »Cool sein – fair bleiben«, »Colorissimo«, »Mut (!) statt Wut im Bauch« oder »Hand in Hand«. »Die Wasserwerk-Begegnungen sind ein voller Erfolg«, sagt Angelika Stobinski, »wir fügen dem Alltag in Hohen Neuendorf einen liebenswürdigen und engagierten Farbtupfer hinzu und erreichen damit viele unterschiedliche Menschen, die sich auch aktiv beteiligen.«



Vielfältiges Programm bei den interkulturellen Wasserwerk-Begegnungen. Eine Tanzgruppe vor ihrem Auftritt.

Außerdem bietet der Kulturkreis einmal im Jahr mit dem Jugendzentrum die Filmtage »Blickwechsel« und Diskussionen für Schüler, Eltern und Großeltern an. Geschichtsprojekte begeben sich auf Spurensuche nach dem Leben jüdischer Bürger Hohen Neuendorfs, etwa ein lokalhistorisches Projekt zum Architekten Albert Gottheiner, an welchem die Gesamtschule Hohen Neuendorf beteiligt ist.

Demokratische Öffentlichkeit

Die Aktionen des Kulturkreises können den Rechtsextremismus in der Region nicht unmittelbar zurückdrängen, aber sie nehmen Einfluss auf das Selbstverständnis der Kommune und auf die öffentliche Debatte. So unterschrieben – nachdem es zu Hakenkreuzschmierereien an einem polnischen Ehrenmal im Ort kam – in wenigen Tagen mehr als 600 Anwohner eine Erklärung, um gegen diese rechtsradikale Untat zu protestieren. Für Angelika Stobinski sind solche Erfolge die Mühe wert: »Wir merken, dass sich das Klima in Hohen Neuendorf durch die Arbeit von Brot & Salz merklich verändert. Das gibt Kraft durchzuhalten.« Denn, wie sie sagt, »dass der braune Ungeist nicht noch mehr Einfluss gewinnt, ist die Grundbedingung für unsere freie Kulturarbeit.«



Von der Vergangenheit für die Zukunft lernen
Miphgasch/Begegnung e.V., Berlin

Der Verein Miphgasch bekämpft Vorurteile – seien sie alt oder neu, seien sie hartnäckig oder einfach nur dumm.

»Der erinnert an die Scheiß-Juden«, sagt ein Mädchen, als die Klasse vor einem Gedenkstein für Opfer des Holocaust steht. Die Mitarbeiterin von Miphgasch, die den Stadtrundgang führt, will auf den Einruf eingehen. Aber die Lehrerin hat das Mädchen schon tadelnd bei Seite gezogen. Später kommt sie auf die Mitarbeiterin von Miphgasch zu und erklärt stellvertretend für ihre Schülerin: »Sie hat das nicht so gemeint. Sie meinte, dass die Juden im Nahen Osten ja jetzt das gleiche Unrecht begehen. Und da hat sie ja Recht.«

Mit Argumenten und Geduld

Antisemitische Äußerungen, ungekonnte Erziehungsversuche – die Engagierten des Vereins Miphgasch müssen immer wieder mit solchen Situationen umgehen. »Dass Juden für den Nahost-Konflikt verantwortlich gemacht werden und dass Juden reich wären, das sind die beiden häufigsten antisemitischen Stereotypen, die uns begegnen«, sagt Franziska Ehricht von Miphgasch.

Die Mitarbeiter von Miphgasch wollen antisemitische Aussagen jedoch nicht einfach nur abblocken, sondern mit der Gruppe diskutieren, um ein Bewusstsein für die Problematik zu schaffen. »Es ist wichtig, mit den Leuten zu reden. Viele wollen gar nicht antisemitisch sein, auch wenn sie problematische Einstellungen äußern«, meint Franziska Ehricht. Wie sie erläutert, zeigen sich bei Diskussionen zum Thema Antisemitismus oft tiefsitzende Probleme: »Man darf ›Juden‹ sagen, das muss man vielen Leuten heute erklären. Sie denken, das wäre ein Schimpfwort.«

Die Geschichte der Gegenwart

»Miphgasch« ist das hebräische Wort für »Begegnung«. Den so benannten Verein gründeten 1995 in Berlin einige im Bereich der Jugendbildung Tätige mit dem Ziel, Begegnungen mit dem Judentum und anderen Kulturen zu fördern und Vorurteile abzubauen. Zentral ist für Miphgasch die Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und der Judenverfolgung im Nationalsozialismus. Bei dieser Auseinandersetzung mit der Historie stellen die Aktiven von Miphgasch Bezüge zur Gegenwart her und regen dazu an, Lehren für Gegenwart und Zukunft zu ziehen. »Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft.« Diesen Ausspruch von Wilhelm von Humboldt haben sie sich zum Leitsatz gewählt.

Jugendliche zum (Um-)Denken bewegen

Bei Miphgasch beteiligen sich heute etwa 20 junge Sozialwissenschaftler, Studenten und Schüler, die sich vor allem ehrenamtlich und in freier Mitarbeit einbringen. Ihr Engagement gegen antisemitische und fremdenfeindliche Tendenzen wirkt vor allem präventiv. Oft kann die Kraft des richtigen Arguments allerdings auch ein Umdenken anstoßen. Der Verein regt Jugendliche an, sich aktiv mit der deutschen Geschichte, mit eigenen Einstellungen und mit alltäglichen Diskriminierungen auseinanderzusetzen. Dazu organisiert Miphgasch unter anderem Workshops, Schulprojekttage und Zeitzeugenbegegnungen.

Nahverkehr und Nazis

Eines der bemerkenswertesten Projekte des Vereins nahm seinen Anfang in einer ausgesprochen alltäglichen Situation. Franziska Ehricht, die Judaistik studierte, fuhr früh morgens mit der S-Bahn und war froh, sich in einen der freien Sitze fallen zu lassen. Da dachte sie an die Geschichte einer jüdischen ehemaligen Zwangsarbeiterin. Die hatte in einem Buch beschrieben, wie sie zur Zeit des Nationalsozialismus jeden Morgen auf dem Weg zur erzwungenen Arbeit in der Bahn stehen musste, selbst wenn Sitzplätze frei waren. Die Sitzplätze waren für Juden verboten. Später wurde Juden das Benutzen der öffentlichen Verkehrsmittel überhaupt verweigert.



Fahrgäste staunen: Die eingefahrene S-Bahn enthält eine Ausstellung über jüdischen Alltag zur NS-Zeit.

Vom jüdischen Alltag und den Schikanen zur NS-Zeit haben heute nur noch wenige Menschen eine Ahnung. Um das zu ändern, starteten die Aktiven von Miphgasch ein neues Geschichtsprojekt. Es gelang ihnen, dafür die S-Bahn Berlin GmbH zu begeistern, die einen ausrangierten S-Bahn-Wagen zur Verfügung stellte. Hier trafen sich fortan Jugendliche, die gemeinsam das historische Thema erforschten und eine eigene Ausstellung anfertigten. Nach einem produktiven Jahr wurde der Waggon über Nacht Ziel eines Brandanschlages und brannte völlig aus. Die Täter konnten nie festgestellt werden.

Bahnfahren gegen Antisemitismus

Die beteiligten Jugendlichen ließen sich nicht entmutigen. Sie setzten ihr Projekt auf neuem Wege fort: nicht in einem ausrangierten sondern in einem regulären, fahrenden S-Bahn-Wagen. Einmal im Jahr hängen sie Ausstellungstafeln über die nationalsozialistischen Verbote für Juden in einem S-Bahn-Wagen auf und spielen dazu kleine Theaterszenen, die Miterleben und Eingreifen der Fahrgäste herausfordern. Die Aktion auf einer normalen S-Bahn-Strecke in Berlin erreicht eine ungewöhnliche Vielfalt von Menschen.

Die Beteiligten ernten dabei vom Publikum nicht nur Zustimmung. Man solle einen Schlussstrich ziehen, die Juden seien auch Täter, sie nutzten den Holocaust zu ihrem wirtschaftlichen Vorteil aus und ähnliches äußern die Umsitzenden öfters. Für Miphgasch liegt in solchen Reaktionen ein Ansporn: »Das bestärkt uns, die Aktion immer wieder durchzuführen, um in den Gesprächen doch den einen oder anderen zum Nachdenken anzuregen oder wenigstens deutlich zu machen, dass wir diese Behauptungen nicht unwidersprochen gelten lassen.«



Neue Handlungsspielräume für Opfer gewinnen
Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt

Opfern rechtsextremer Angriffe bietet die Mobile Opferberatung Unterstützung. Und sie vermittelt der Öffentlichkeit die Perspektive der Opfer.

Rechtsextreme Angriffe und ihre Folgen

Der 30-jährige Julien W. ist nach seiner Frühschicht in Magdeburg mit der 16 Monate alten Tochter unterwegs. An einer Straßenbahnhaltestelle pöbeln einige Männer den Mann von der Elfenbeinküste an: »Hier ist Deutschland, hier ist kein Platz für Dich«. Dann schlagen sie auf ihn ein, schießen mit einer Gaspistole. Seitdem verschlägt es Julien W. oft die Sprache, die er in den drei Jahren zuvor gelernt hatte.

André M. sitzt in seiner Wohnung in Sangerhausen, als sechs Mitglieder der »Bruderschaft Odin« seine Tür eintreten. Sie verprügeln den 24-jährigen Punk, treten mit Stahlkappenschuhen auf ihn ein. M. erleidet einen lebensbedrohlichen Milzriss, auf dem linken Ohr ist er seitdem fast taub.

Konkrete Hilfe auf verschiedenen Ebenen

Welche Möglichkeiten haben die Opfer nach rechtsextrem oder rassistisch motivierten Angriffen? Die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Trägerschaft des Vereins Miteinander e.V. unterstützt die Betroffenen. Mit Anlaufstellen in Magdeburg, Halberstadt, Halle und Salzwedel bietet sie Opfern rechtsextremer, rassistischer oder antisemitischer Angriffe Unterstützung, Beratung und Begleitung.

Die Verarbeitung dauert oft mehrere Jahre

Praktisch heißt das: Wenn Betroffene das Angebot der Mobilen Opferberatung wahrnehmen, haben sie in einem ersten Gespräch oft viele Fragen: Wie kann ich Anzeige gegen den oder die Täter erstatten und wie sehen die zivil- und strafrechtlichen Möglichkeiten aus? Oft wünschen sich Betroffene dann eine Begleitung zu polizeilichen Vernehmungen, zu Behörden oder zur Gerichtsverhandlung.

Die Mobile Opferberatung hilft auf Wunsch auch bei der Suche nach TherapeutInnen, die traumatische Folgen von extremen Gewalterfahrungen wie beispielsweise Schlafstörungen, Alpträume, Angstzustände oder Depressionen behandeln. Oft werden Betroffene über mehrere Jahre begleitet – denn in manchen Fällen liegen Jahre zwischen dem Angriff und der letztinstanzlichen Gerichtsverhandlung.

Angst vor Repressalien der Gesellschaft

Von rechter Gewalt sind häufig Menschen betroffen, denen im Alltag gleiche Rechte abgesprochen werden: zum Beispiel Flüchtlinge und MigrantInnen, nicht-rechte und alternative Jugendliche, Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen und Obdachlose. Oft haben sie nach dem Angriff Angst vor weiteren Diskriminierungserfahrungen und wissen nicht, wem sie vertrauen können. Deshalb fahren die BeraterInnen vor Ort und bieten Hilfe an.

Intervenieren gegen Wegschauen und Ignoranz

Nach einem Angriff fühlen sich zudem viele Opfer von der Gesellschaft allein gelassen. Die Mobile Opferberatung informiert daher die Öffentlichkeit über das Ausmaß rechter Gewalt. Denn, so die Projektleiterin Heike Kleffner: »Die öffentliche Solidarisierung mit den Betroffenen setzt den Tätern Grenzen.«



Magdeburger Jugendliche trauern um ihren Freund. 1997 wurde Frank Boettcher von Skinheads zu Tode getreten. Der einzige Grund: Sein Lebensstil als Punk.

Die Zahl der Angriffe stabilisiert sich auf hohem Niveau

Besonders engagieren sich die Berater und Beraterinnen gegen Ignoranz in Landesbehörden und Medien, die rechtsextreme Übergriffe nicht als solche anerkennen und politische Hintergründe verschweigen. Das Innenministerium Sachsen-Anhalt gab etwa für das Jahr 2003 53 rechtsextrem motivierte Gewalttaten bekannt. Die Mobile Opferberatung registrierte für den gleichen Zeitraum 66 rechtsextreme Gewalttaten. »Und selbst unsere Zahlen stellen lediglich die Spitze des Eisbergs dar,« so Projektleiterin und Journalistin Heike Kleffner. Die hartnäckige Recherche der insgesamt acht Opferberatungsstellen in den neuen Bundesländern trägt maßgeblich dazu bei, dass ein unabhängiges Monitoring von rechtsextremen Gewalttaten existiert.

Daran haben sich viele schon gewöhnt

Viele der Angriffe kommen in Sachsen-Anhalt nicht einmal mehr in die Medien. Sie scheinen alltäglich zu sein oder werden als unpolitische Auseinandersetzungen dargestellt. Die Mobile Opferberatung hat die Erfahrung gemacht, dass die Opfer das Verschweigen als weitergehende gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung erleben.

Das Klima verändern

Um mehr Menschen zu sensibilisieren, organisiert die Mobile Opferberatung auch Fortbildungen für MultiplikatorInnen und Ehrenamtliche und arbeitet mit Akteuren aus Zivilgesellschaft und Politik zusammen. Denn die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt möchte das gesellschaftliche Klima, das rechtsextreme Angriffe ermöglicht, nachhaltig verändern.

Für die Betroffenen ist die Arbeit der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt wichtig. Julien W. wurde nach dem Angriff von einem mehrsprachigen Berater begleitet, so dass er bei Behördengängen seine Interessen wahrnehmen konnte. André M. konnte mit Unterstützung der Opferberatung zwei Monate nach dem Angriff in eine Großstadt umziehen, wo er sich sicherer fühlt.



Öffentlichkeit schaffen: Die Mobile Opferberatung macht auf einem Straßenfest ihre Angebote publik und vermittelt die Sicht der Opfer.



Gegenkultur zum rechten Mainstream
Netzwerk für Demokratische Kultur e.V., Wurzen


Der Eingang zu dem Renaissance-Gebäude, das die Engagierten vom Netzwerk für demokratische Kultur mit viel Eigenarbeit zu einem Kultur- und Bürgerzentrum umbauen.

Das Netzwerk für Demokratische Kultur hat in der 15.000-Einwohner-Stadt Wurzen eine lebendige Gegenkultur etabliert – und leistet so Überzeugungsarbeit gegen Rechtsextremismus.

Über dem Eingangsportal wacht ein Stein-Engelchen und betrachtet Besucher freundlich. Das Spätrenaissance-Gebäude am Domplatz ist nicht nur architektonisch eine Besonderheit. Es ist auch der zukünftige Sitz des Netzwerks für Demokratische Kultur (NDK) und damit DIE Anlaufstelle für nicht-rechte Menschen in Wurzen bei Leipzig, das als Hochburg rechtsextremer Aktivitäten traurige Berühmtheit erlangt hat.

Im November 2002 konnte das NDK zu seinem dreijährigen Jubiläum das Haus am Domplatz 5 kaufen – dank einer Spendenaktion der Amadeu Antonio Stiftung und der ZEIT. Damit erfüllt sich für die rund 40 größtenteils ehrenamtlichen NDKler der Traum eines Kultur- und BürgerInnenzentrums, das als ein Ort des »demokratischen Dialogs und der soziokulturellen Lebensfreude« gestaltet wird.

Haus voller Hoffnung

Hinter der engelgeschmückten Tür liegen rund tausend Quadratmeter Nutzfläche. Für nicht-rechtsextreme Jugendliche in Wurzen ist es ein Symbol der Hoffnung – dass sie nun einen Ort bekommen werden, an dem sie sich angstfrei treffen und ihren Interessen nachgehen können. Deshalb beteiligen sich auch viele, die nicht institutionell zum NDK gehören, an den Umbauarbeiten.

Viel Platz für Visionen

Für die Mitglieder des NDK ist das Gebäude – im planenden Geiste – schon ein soziokulturelles Zentrum. In den Keller kommt ein Veranstaltungsraum für Konzerte, Kino, Lesungen, Theater. Im Erdgeschoss wird es Wurzens erstes Internetcafé geben und die Fahrradselbsthilfewerkstatt. Im ersten Stock wird das NDK sitzen, mit Büros, der Mediathek zu Rechtsextremismus, Jugendkultur und Sozialpädagogik und der Medienwerkstatt »Bild&Ton LPG«. Darüber werden Büros weiterer Partner-Vereine und -Initiativen Platz finden.

Wie alles begann

Als das NDK im Dezember 1999 seine zu großen Teilen ehrenamtliche Arbeit begann, galten seine Mitglieder als die Nestbeschmutzer von Wurzen – weil die Jugendlichen nicht müde wurden, darauf hinzuweisen, dass es nicht normal ist, wenn Rechtsextremismus die jugendliche Alltagskultur bildet. Und sie nicht hinnehmen wollen, dass anders Lebende und Aussehende täglich angepöbelt und häufig tätlich angegriffen werden.

Nach wie vor ist unter Jugendlichen in Wurzen, das auch drei NPD-Stadträte hat, rechtsextremes Denken oder zumindest Auftreten normal. Vor der Berufsschule, die neben dem neuen NDK-Gebäude liegt, dröhnt oft rechtsextreme Musik aus den Autos. Es gibt etliche Orte, Cafés und Clubs, in die nicht-rechte Jugendliche einfach nicht gehen, weil sie bekanntermaßen in rechtsextrem-sympatisierender Hand sind. In städtischen Jugendclubs ist das Tragen von Springerstiefeln und das Tragen rechtsextremer Symbole verboten worden. Was aber das dortige Publikum nur äußerlich verändert hat – auch deshalb brauchen die demokratischen


Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, besucht mit Rocksänger Udo Lindenberg das NDK anlässlich der »Rock gegen rechte Gewalt«-Tour.

Jugendlichen in Wurzen das NDK-Haus am Domplatz. Wie nötig einerseits und erfolgreich andererseits die Arbeit des NDK nach wie vor ist, zeigt auch die Militanz, mit der die Rechtsextremen sie bekämpfen: Im November 2004 wurde auf das derzeitige Büro des NDK ein Sprengstoffangschlag verübt. Nur weil Schaufenster und Eingangstür aus Sicherheitsglas waren, brachten die Sprengsätze die Scheiben nicht gänzlich zum Einsturz.

Das NDK hat schon Einiges bewegt

Doch es hat sich seit 2000 auch Einiges bewegt in Wurzen. »Die Akzeptanz unserer Arbeit in der Stadt ist größer geworden«, erzählt die 26-jährige Doreen vom NDK. Das Netzwerk hat das Kino in die 15.000-Einwohner-Stadt gebracht und veranstaltet Lesungen mit Autorinnen wie Salomea Genin und Gudrun Pausewang. Es holt Ausstellungen nach Wurzen, organisiert Bildungsreisen nach Auschwitz und Theresienstadt, bietet die Fahrradselbsthilfewerkstatt. Im Sommer gibt es HipHop-Konzerte. Bei der Opferberatungsstelle AMAL finden Menschen nach Übergriffen Hilfe. Es sind Angebote, wie es sie vorher in Wurzen nicht gab, und die deshalb viele Menschen anziehen und mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement des Netzwerks in Kontakt bringen. »Wenn die Leute erst einmal zu unseren Veranstaltungen kommen«, sagt Doreen, »kann man miteinander reden und so manche Haltung ändern.« Deshalb ist ein Haus auch so wichtig für die NDK-Mitglieder – um einen dauerhaften, unkomplizierten Anlaufpunkt für alle zu bieten, die nicht rechts sein wollen.

Optimisten, auf denen viel Hoffnung liegt

Bis es soweit ist, liegt eine arbeitsreiche Zeit vor den NDK-Mitgliedern. Der Um- und Ausbau wird rund 750.000 Euro kosten, davon wollen die Aktiven aller Altersstufen rund 200.000 Euro in ehrenamtlicher Arbeit erbringen – neben ihrer alltäglichen Arbeit, selbstverständlich. Bisher heißt das: über 5000 ehrenamtlich geleistete Arbeitsstunden in zwei Jahren. Die wesentlichen Entkernungs – und Gebäudesicherungsarbeiten sind mittlerweile abgeschlossen. Um den Kulturkeller in Betrieb nehmen zu können, müssen allerdings erst einmal wesentliche Grundinvestitionen angegangen werden: Heizungsanlagen, Elektroinstallation und Treppenhaus müssen neu gemacht werden, Böden gegossen und Zwischendecken eingezogen werden. Das klingt nach viel Arbeit. Doch die Frauen und Männer sind optimistisch, das Pensum zu schaffen und nebenbei die noch fehlenden Geldmittel zu organisieren. In Wurzen muss ein engagierter auch ein optimistischer Mensch sein. Aber die NDK-Mitglieder sehen auch, wie viel ihre Arbeit den nicht-rechten Jugendlichen in der Stadt bedeutet.



Demokratisches Engagement im Kernland der NPD
Aktion Zivilcourage e.V., Pirna

Mit Aufklärung und Alternativkultur setzt sich die Aktion Zivilcourage in der Sächsischen Schweiz gegen Rechtsextremismus ein.

Pirna, Lange Straße: Eine grüne Tür, golden glänzende Fenstergitter, Arbeitsstätte mehrerer Ärzte, wie das Schild am Eingang verrät. Wer statt medizinischer Versorgung aber Mut, Kreativität und Engagement sucht, wird hier erst recht fündig. Der Weg führt über einen gepflegten Hinterhof und eine steile gewundene Treppe ans Ziel – in das Büro der Aktion Zivilcourage.

Pirnas Ideenschmiede

Die Aktion Zivilcourage ist eine Initiative junger Leute gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie wollen, dass »jeder, egal wie er aussieht, sich hier wohl fühlen und einfach ein Mensch sein kann.« Seit 1999 machen die mittlerweile 25 jungen Leute, allesamt Schüler, Azubis und Studenten, das Haus mit der grünen Tür zur Ideenschmiede für ganz Pirna und die Sächsische Schweiz. Von hier aus organisieren sie Konzerte, Lesungen, Theateraufführungen, gestalten eine Website, entwerfen Plakate, Flyer, Broschüren.

Das demokratische Engagement der Jugendlichen hat die Region bitter nötig. Jahrelang trieben hier die militanten Neonazis »Skinheads Sächsische Schweiz« ihr Unwesen. Die Gruppierung wurde im Jahr 2001 als kriminelle Vereinigung eingestuft und verboten, die meisten ihrer Mitglieder sind aber weiter aktiv. Bei den sächsischen Kommunal- und Landtagswahlen 2004 erntete die NPD in der Sächsischen Schweiz ihre höchsten Ergebnisse mit bis zu 25 Prozent in manchen Orten. Aber es sind nach Ansicht der Aktion Zivilcourage »nicht nur die organisierten Neonazis, sondern auch der ganz ›normale‹ Alltagsrassismus und die vielen ›Mitläufer‹ des rechtsextremen Gedankengutes, die das Klima in unserer Region vergiften.«

Zivilcourage nimmt Fahrt auf

Begonnen hat alles mit einem Runden Tisch, den die Jugendlichen der Aktion Zivilcourage initiierten. Sie schilderten Vertretern des öffentlichen Lebens der Sächsischen Schweiz, wie sie als nicht-rechte Jugendliche von rechtsextremen Schlägern bedroht und angegriffen werden. Die Reaktionen fielen unterschiedlich aus. Die einen betonten, dass die Touristenregion Sächsische Schweiz solche Diskussionen nicht brauchen könne. Andere stimmten den Jugendlichen zu, dass endlich etwas gegen die rechte Gewalt getan werden müsse. Die Gefahr von rechts wurde zum öffentlichen Thema in der Sächsischen Schweiz. Im Dezember 2001 folgte eine Demonstration mit 800 Einwohnern Pirnas, die für Zivilcourage und Demokratie durch die Stadt zogen – so viele Menschen wie seit der Wende nicht mehr gemeinsam auf der Straße waren.

Von da an geht es Schlag auf Schlag. Die Jugendinitiative veranstaltet Partys, Straßenfeste und Konzerte, holt zusammen mit der Amadeu Antonio Stiftung und der *stern*-Aktion ›Mut gegen rechte Gewalt‹ Udo Lindenberg und Xavier Naidoo in die Region. Vorträge und Diskussionen mit Schülern und Lehrern folgen, das Theaterstück »Hallo.Nazi« des Dresdner Theaters ›Junge Generation‹ mit anschließendem Workshop wird ein Erfolg. Lesungen verschiedener Autoren locken junges und





2001 organisierte die Aktion Zivilcourage eine Demonstration, um auf das Problem Rechtsextremismus in der Sächsischen Schweiz aufmerksam zu machen.

erwachsenes Publikum an, auf dem Marktplatz Pirnas findet ein großer Markt der Kulturen mit kulinarischen Ständen, Informationen und viel internationaler Musik statt.

Nichts wissen macht was!

Immer wieder stellen die Engagierten der Aktion Zivilcourage fest, dass viele Menschen rechtsextreme Zeichen und Symbole nicht erkennen. Daher starteten sie unter dem Motto »Das sieht verboten aus!« eine Aufklärungskampagne, die insbesondere Lehrer und Sozialarbeiter besser informieren soll. Auf Plakaten, Flyern und in Broschüren erläutern sie in kompakter Form rechtsextreme Codes und Symbole, zeigen Hintergründe auf und widerlegen einschlägige rechte Parolen mit klaren Fakten. Wegen des großen Erfolges der Infokampagne wurde eine zweite Auflage gedruckt, so dass insgesamt 7.000 Plakate, 15.000 Flyer und 2.000 Broschüren verteilt werden konnten.

Ausgezeichnetes Engagement

Die Aktion Zivilcourage hat schon viel in Bewegung gesetzt, auch wenn die rechtsextreme Szene in der Region immer noch stark präsent ist. Das demokratische Engagement der Initiative wurde mehrfach ausgezeichnet: Unter anderem erhielt sie 2001 den bundesweiten Medienpreis »Jugend gegen Rechtsextremismus«, 2002 wird das Projekt vom bundesweiten ›Bündnis für Demokratie und Toleranz‹ als vorbildlich ausgezeichnet und wird Preisträger der Initiative deutscher Unternehmen »startsocial« unter Schirmherrschaft von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Im Jahr 2004 erhielt Aktion Zivilcourage darüber hinaus den Preis »Jugend übernimmt Verantwortung« der Stiftung Brandenburger Tor.

Mit eigenem Büro, zwei hauptamtlichen Mitarbeitern und einem Förderer- und Freundeskreis ist die Pirnaer Initiative mittlerweile zu einem wichtigen Partner im gesellschaftlichen Leben der Region geworden. »Eine Art Dienstleister sowohl für Bürger als auch für öffentliche Einrichtungen«, wie sie selbst sagen. Das angestrebte Netzwerk verschiedener Behörden, Institutionen, Jugendclubs und Schulen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, nimmt zunehmend Gestalt an – mit der Aktion Zivilcourage mitten drin.



Mit Kreativität gegen rechte Gewalt
Initiative N.O. – für ein gewaltfreies Miteinander, Neustadt/Orla

Die Mitglieder der Initiative N.O. lassen sich nicht einschüchtern und aktivieren mit kreativen Aktionen ihre Mitmenschen, um rechte Gewalt und Rassismus zu stoppen.

Ende der neunziger Jahre nimmt die Gewalt von rechten Skinheads und Neonazis in Neustadt an der Orla immer mehr zu: Bei einem Infocafé von nicht-rechten Jugendlichen schmeißen sie immer wieder die Scheiben ein, bis die Betreiber aufgeben; sie schlagen alternative Jugendliche und Ausländer zusammen; wiederholt gibt es schwer Verletzte. Bis zu 80 Rechtsextreme rotten sich auf dem Marktplatz zusammen, lassen Hassmusik erschallen und verbreiten Angst. Teile des Plattenbauviertels werden für Nicht-Rechte zur No-Go-Area. Eine Kneipe in Neustadt/Orla wird Sammelpunkt für Rechtsextreme aus der ganzen Region.

Die Stadtverwaltung des thüringischen Ortes unternimmt: nichts. Die Erwachsenen gehen der Situation aus dem Weg. Die Polizei kommt immer wieder zu spät. Prozesse verlaufen im Sande. Stadträte meinen augenzwinkernd: »Wir haben uns doch früher auch geprügelt«. Neustadt/Orla ignoriert, dass nicht wenige der 9.000 Einwohner kontinuierlich bedroht und attackiert werden, weil sie nicht in das Weltbild der Neonazis passen.

Rechte Schlägertrupps und keine Hilfe für Betroffene

An einem Abend im Jahr 2000 sitzen einige Freunde aus einer Theatergruppe in einer Kneipe. 20 rechte Skinheads betreten den Laden. Es wird still im Raum. Rasierte Glatzen, Bomberjacken, Hakenkreuz-Tattoos. Sie kommen herein wie ein Kontrolltrupp. Vom eingeschüchterten Wirt erhalten sie umsonst zu trinken. Sie schauen sich um, wo die von ihnen Unerwünschten sitzen: alternative Jugendliche und Punks. Die Gruppe von Freunden und andere Gäste verlassen die Kneipe. Aber vor der Tür halten die Schlägertypen sie weiter in Schach. Als ein Polizeiwagen vorbeifährt, stoppen ihn die Bedrohten. »Wurde jemand verletzt?«, fragt der Polizist. »Noch nicht«, kommt die Antwort. »Dann können wir nichts machen.« Der Polizeiwagen fährt weiter.

Für die Freunde aus der Theatergruppe, die meisten im Alter von 15-17 Jahren, bringt dieser Abend das Fass zum überlaufen. Sie wollen sich und andere schützen, sich nicht weiter vertreiben und unterdrücken lassen. Sie reichen eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Polizeistreife ein – ohne Reaktion. Sie gehen zur nächsten Stadtratsitzung – dort spricht man lieber über Blumenkübel. Sie kontaktieren den Landtagsabgeordneten – und werden ignoriert.

Jugendliche ergreifen Initiative

»Du kannst dir die Ohnmacht nicht vorstellen, die man als Jugendlicher in so einer Situation spürt«, sagt Michael Schaffhauser, der es miterlebte, im Rückblick. Die Gruppe merkt, dass es wirklich auf sie alleine ankommt. Sie fangen an, andere von Übergriffen Betroffene zu suchen, kontaktieren die Presse, sprechen mit Lehrern und mit Schulleitungen. Aber es ist ein zäher Kampf, im Ort auf Resonanz zu stoßen. Ihr Anliegen kommt erst ins Rollen, als es wenigstens von außen Unterstützung gibt. Überregionale Zeitungen berichten. Der Thüringer DGB und das Zentrum Demokratische Kultur aus Berlin helfen.



Im selbst gestalteten Infocafé entwickeln die Engagierten von N.O. ihre Ideen für Projekte und Aktionen.

Zivilcourage zeigt Wirkung

Die Jugendlichen schließen sich zur Initiative ›N.O. – für ein gewaltfreies Miteinander‹ zusammen. »N.O.« steht für »Neustadt/Orla« ebenso wie für ein »No!« gegen rechte Gewalt. Als erstes organisieren sie einen Aktionstag mit einer Podiumsdiskussion, Friedensgebet und einer Menschenkette auf dem Marktplatz. Später sorgen ein Besuch von Wolfgang Thierse und ein Hip-Hop-Konzert mit der *stern*-Aktion ›Mut gegen rechte Gewalt‹ für weitere Aufmerksamkeit. Es folgen viele kreative Projekte, die immer auch anderen Jugendlichen Lust darauf machen sollen, sich aktiv einzubringen. Dabei geht es nicht nur um rechte Gewalt, sondern auch um Alltagsrassismus und um Unterstützung für Asylbewerber.

Neben Workshops, Jugendforen und Aktionsnächten organisiert die Initiative etwa das Projekt »Doors«, das unter dem Motto »Schlag die Tür nicht zu« auf selber bemalten Türen Argumente gegen Stammtischparolen präsentiert. Durch ein Planspiel machen die Jugendlichen alltägliche Diskriminierungen gegen Asylbewerber erfahrbar. Und im Projekt »Demokratie als Prozess« entstehen künstlerische Arbeiten im öffentlichen Raum.



Mit dem Projekt »Doors« präsentiert die Initiative N.O. auf einem Schulhof Argumente gegen Stammtischparolen.

Gemeinsam ist es den Jugendlichen der Initiative N.O. gelungen, die zunehmende Bedrohung durch Neonazis zu durchbrechen. Sie erreichten, dass das Problem Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit thematisiert wird. Und sie konnten mit ihren Aktionen Teile des öffentlichen Raums zurückerobern. Die Gewalt der Neonazis in Neustadt/Orla ist nicht verschwunden, aber sie ist heute weniger massiv als Ende der neunziger Jahre.

Demokratische Jugendkultur

Der Initiative N.O. gehören inzwischen rund 15 Menschen im Alter zwischen 17 und 30 Jahren an, die sich alle ehrenamtlich einbringen. Im Oktober 2004 konnte die Initiative zusammen mit zwei anderen Jugendorganisationen das Infocafé ›Exil‹ eröffnen, das von der gemeinsamen ›Initiative für Projekte und Kultur (PuK)‹ getragen wird. Hier finden neben Informationsveranstaltungen viele kulturelle Aktivitäten statt wie Konzerte oder eigene Theateraufführungen. Es entsteht eine bunte, demokratische Jugendkultur, die auch neue Jugendliche erreicht und zum Mitmachen anregt.

Mitmachen und Demokratie – damit können die Jugendlichen auch für die Erwachsenen in Neustadt/Orla zum Vorbild werden. Denn, wie Michael Schaffhauser erklärt, »dass Demokratie etwas ist, das man aktiv betreiben muss, ist in vielen Köpfen hier gar nicht klar.«



Amadeu Antonio Stiftung – Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur

Ziel der Amadeu Antonio Stiftung ist es, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Hierfür unterstützt sie lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen Jugend und Schule, Opferschutz und -hilfe, alternative Jugendkultur und kommunale Netzwerke. Die Projekte über eine finanzielle Unterstützung hinaus zu ermutigen, ihre Eigeninitiative vor Ort zu stärken und sie zu vernetzen, ist die wichtigste Aufgabe der Stiftung. Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio Kiowa, wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen zu Tode geprügelt, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eins der ersten Todesopfer rechtsextremer Gewalt nach dem Fall der Mauer.

Seit ihrer Gründung 1999 wird die Amadeu Antonio Stiftung von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Der Geschäftsführer der Freudenberg Stiftung, Christian Petry, ist Mitglied im Vorstand und Hermann Freudenberg Mitglied im Stiftungsrat der Amadeu Antonio Stiftung. Das Magazin *stern* trägt seit langem zur Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung bei, besonders im Rahmen der *stern*-Aktion ›Mut gegen rechte Gewalt‹. In vielfältiger Weise stärkt auch das Softwareunternehmen SAP die Stiftung.

Die eigene Erfahrung und Kompetenz in der Zusammenarbeit mit Unternehmen gibt die Amadeu Antonio Stiftung an zivilgesellschaftliche Initiativen weiter. Sie stärkt die Kooperation zwischen Corporate Citizens und dem demokratischen Engagement vor Ort. Das Projekt ›Handeln für Demokratie ist Handeln gegen Rechtsextremismus‹ wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms ›CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern‹.

Um sich ein umfassendes Bild zu machen, besuchen Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung Initiativen vor Ort und informieren auf deren Veranstaltungen über Engagement der Zivilgesellschaft.



Stärken. Entwickeln. Fördern.
Das können Sie tun

Es gibt viele und nicht nur finanzielle Wege, um die hier vorgestellten Initiativen zu unterstützen.

- Sie können Pate werden für eine Initiative:
  Sie arbeiten längerfristig mit der Initiative zusammen, tauschen sich aus, profitieren wechselseitig.

- Sie können finanzielle Unterstützung leisten:
  Kleine oder große Spenden, längerfristige Förderung, Zuschuss für spezielle Aktivitäten oder für die allgemeine Tätigkeit einer Initiative, Spende für eine einzelne Initiative oder für alle zehn.

- Sie können personelle Unterstützung leisten:
  Sie oder Ihre Mitarbeiter helfen vor Ort, sei es durch Fachwissen oder durch praktische Unterstützung bei Veranstaltungen.

- Sie können materielle Unterstützung leisten:
  Sie stellen Ausstattung oder ein Kraftfahrzeug zur Verfügung, als Leihgabe oder als Sachspende.

Wir würden uns freuen, uns zusammen mit den hier präsentierten Projekten Ihnen auch persönlich vorzustellen. Gerne überlegen und entwikkeln wir mit Ihnen zusammen, welcher Weg der Zusammenarbeit Ihren Vorstellungen am besten entspricht. Ihr Engagement wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der geförderten Initiativen und der Amadeu Antonio Stiftung gewürdigt.

Spenden über unser Konto werden unmittelbar an die Initiativen weitergeleitet.

Amadeu Antonio Stiftung
Deutsche Bank Bensheim
BLZ 509 700 04
Konto 030331300
Stichwort »10 Projekte« oder der Name der Initiative, für die Sie spenden möchten.

Kontaktadressen

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin
Telefon: 030. 24 08 86 10
Fax: 030. 24 08 86 22
Email: info@amadeu-antonio-stiftung.de
Internet: www.amadeu-antonio-stiftung.de
Ansprechpartnerin: Anetta Kahane

Aktion Zivilcourage e.V.
Lange Straße 43
01796 Pirna
Telefon: 03501. 46 08 80
Fax: 03501. 46 08 81
Email: k.fuerst@zivilcourage-pirna.de
Internet: www.zivilcourage-pirna.de
Ansprechpartner: Kristian Fürst

BAFF – Bands auf festen Füßen
c/o Evangelische Kirchengemeinde Joachimsthal
Kirchstraße 1
16247 Joachimsthal
Telefon: 033361. 268
Fax: 033361. 710 95
Email: baff@kirchengemeinde-joachimsthal.de
Internet: www.kirchengemeinde-joachimsthal.de
Ansprechpartnerin: Pfarrerin Beatrice Spreng

Bunt statt Braun Anklam e.V.
c/o ASB Anklam
Samariterstraße 3
17389 Anklam
Telefon: 03971. 24 26 77
Email: bsb.anklam@t-online.de
Ansprechpartner: Günther Hoffmann

Geschichtswerkstatt Rostock e.V.
Budapester Straße 16
18057 Rostock
Telefon: 0381. 203 95 27
Fax: 0381. 203 95 44
Email: geschichtswerkstatt@buergerhaus-rostock.de
Internet: www.buergerhaus-rostock.de
Ansprechpartner: Dr. Andreas Wagner

Initiative N.O. – für ein gewaltfreies Miteinander
c/o Freizeitzentrum
Schützenplatz 4
07806 Neustadt/Orla
Telefon: 036481. 838 68 oder 0175. 118 96 26
Fax: 036481. 838 68
Email: info@gewaltfreimiteinander.de
Internet: www.gewaltfreimiteinander.de
Ansprechpartner: Michael Schaffhauser

Kulturkreis der Stadt Hohen Neuendorf e.V.
Karl-Marx-Straße 24
16540 Hohen Neuendorf
Telefon: 03303. 40 84 49 oder 03303. 50 05 77
Fax: 03303. 40 84 50
Email: info@kulturkreis-hohenneuendorf.de
Internet: www.kulturkreis-hohenneuendorf.de
Ansprechpartnerin: Angelika Stobinski

Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern
c/o RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Am Melzer See 1
17192 Waren/Müritz
Telefon: 03991. 66 96 0
Fax: 03991. 66 96 11
Email: mbt-waren@raa-mv.de
Internet: www.mbt-mv.de
Ansprechpartner: Ulf Groth

Regionalbüro Rostock
c/o Evangelische Akademie M-V
Am Ziegenmarkt 4
18055 Rostock
Telefon: 0381. 252 24 30
Fax: 0381. 252 24 59
Email: mbt@ev-akademie-mv.de
Internet: www.mbt-mv.de
Ansprechpartnerin: Cornelia Ewert

Miphgasch/Begegnung e.V.
Samariterstraße 27
10247 Berlin
Telefon: 030. 47 47 48 05
Fax: 030. 47 47 48 06
Email: miphgasch@gmx.de
Internet: www.miphgasch.de
Ansprechpartnerin: Franziska Ehricht

Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt
c/o Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
Telefon: 0391. 544 67 10
Fax: 0391. 544 67 11
Email: opferberatung.md@miteinander-ev.de
Internet: www.mobile-opferberatung.de
Ansprechpartnerin: Heike Kleffner

Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.
Bahnhofstraße 19
04808 Wurzen
Telefon: 03425. 85 27 10
Fax: 03425. 85 27 09
Email: buero@ndk-wurzen.de
Internet: www.ndk-wurzen.de
Ansprechpartner: Stephan Meister